

Nach Entlassungsplänen für Beschäftigte – Protestaktion vor der Rumänischen Botschaft

Mit einer Protestaktion hat die EVG am Mittwoch auf die völlig inakzeptable Situation für die Kolleginnen und Kollegen unserer rumänischen Schwesterngewerkschaft USLM hingewiesen. Martin Burkert, stellvertretender Vorsitzender der EVG überbrachte Protestbriefe, adressiert an die rumänische Regierung.



Hintergrund sind massive Entlassungspläne bei der Bukarester Metro. Auch nach insgesamt 21 Briefen und Einladungen zum sozialen Dialog hielt es der rumänische Verkehrsminister Catalin Drula nicht für nötig, auf die Anliegen der Beschäftigten zu antworten. Auf diese Missstände wurden wir von unserer Europäischen Transportarbeiter Föderation (ETF) aufmerksam gemacht. Die ETF selbst intervenierte in Brüssel und weitere ETF-Mitglieder in ihren Ländern.

Zudem war der Präsident der USLM, Ion Radoi, in den letzten Wochen das Ziel mehrerer Morddrohungen in sozialen Netzwerken. „Diese Situation ist in einer demokratischen Gesellschaft und in einem EU-Mitgliedstaat, in dem die Gewerkschaften anerkannte Sozialpartner sind, die ihre Mitglieder in Übereinstimmung mit dem Gesetz schützen, nicht hinnehmbar“, so Martin Burkert.

Die Beschäftigten des öffentlichen Nahverkehrs stehen während der laufenden Pandemie an vorderster Front. Sie tragen auch zum wirtschaftlichen und sozialen Wohlergehen der Gesellschaften bei. Die Erholung nach der Pandemie muss einen starken öffentlichen Nahverkehr beinhalten, mit einer Belegschaft, die für ihre Rolle bei der Aufrechterhaltung der Gemeinschaften geschätzt wird.

Wir fordern Präsident und Premierminister auf, weisen sie den Verkehrsminister an, das Recht der Beschäftigten der Bukarester Metro auf sozialen Dialog zu respektieren. Und ziehen Sie die Entlassungspläne zurück.



[Alle Bilder anzeigen »](#)